

Wahlen in der DR Kongo – Kandidaten, Konfliktlinien, Konsequenzen

Die bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) waren das Thema einer Podiumsdiskussion, die das Ökumenische Netz Zentralafrika gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung am 18. April 2011 in Berlin veranstaltete.

Daniel Stroux, der Interimsleiter der Wahldivision der Blauhelmission MONUSCO in der DR Kongo erläuterte die technische und logistische Unterstützung von Seiten der Vereinten Nationen bei den anstehenden Wahlen. Aufgrund organisatorischer Schwierigkeiten bei der Wähler- und Kandidatenregistrierung in allen Provinzen ist derzeit noch unklar, ob die Wahlen wie geplant am 27.11. stattfinden werden. Eine schwach ausgebildete Infrastruktur und die teure, technisch aufwendige Erstellung der Wählerlisten und Wahlzettel tragen dazu bei, die Wahlvorbereitung ebenso zu verzögern wie das ausstehende Wahlgesetz, das vom Parlament immer noch nicht abschließend beraten und beschlossen ist. Sollten die Wahlen des Präsidenten und des Parlaments allerdings nicht wie in der Verfassung vorgesehen bis zum 6. Dezember stattgefunden haben, würde dies zu einem Legitimationsproblem der amtierenden Regierung führen.

Sehr zügig funktionierte dagegen ein Manöver der Regierung, das dazu beitragen soll, die Macht des Amtsinhabers zu konservieren: Im Januar setzte Präsident Joseph Kabila innerhalb weniger Tage eine Verfassungsänderung durch, nach der neuerdings eine einfache Mehrheit in nur noch einem Wahlgang für den Sieg des Präsidenten ausreicht. Diese "Abkürzung" auf dem Weg zur Wiederwahl sorgte für Unruhe sowohl innerhalb der kongolesischen Zivilgesellschaft als auch auf Geberseite.

Jean Claude Kibala, Vize-Gouverneur des Süd-Kivu, betonte die Bedeutung von Wahlen auf lokaler Ebene für eine Vertiefung des kongolesischen Demokratisierungsprozesses. Seit über 40 Jahren ist in der DR Kongo nicht mehr auf Provinz-, Distrikts- und Gemeindeebene gewählt worden. Im Gegensatz zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sind auch dieses mal von Geberseite bislang keine finanziellen Mittel für Lokalwahlen eingeplant. Für Kibala ist der Aufbau eines funktionierenden Staatsapparates allerdings eng verknüpft mit den Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung auf lokaler Ebene. Nur mündige, aktive Bürger könnten sich für wirtschaftliche Fortschritte einsetzen und vor Ort Politiker aufgrund ihrer Leistungen bewerten und gegen Korruption direkt vorgehen. Als weiteres Problem nannte Kibala die fehlenden politischen Programme der zur Wahl stehenden Parteien und die Identifizierung einer Partei mit einer Person anstatt politischer und inhaltlicher Programmatiken.

Der kongolesische Pfarrer und Menschenrechtsaktivist Jean-Gottfried Mutombo unterstrich die Bedeutung freier Wahlen als Identitätsstifter für die kongolesische Bevölkerung. Allerdings müsse, um die Wahlen gerecht und fair abhalten zu können, ein viel stärkeres Bewusstsein innerhalb der Bevölkerung geschaffen sowie eine stärkere Sensibilisierung über die Bedeutung von Wahlen in einem demokratischen Prozess angestoßen werden. Nach wie vor sei die Korruption nicht ernsthaft angegangen und neben der herrschenden Straflosigkeit eines der zentralen Probleme in der Gesellschaft. Diese Faktoren hätten zu einer Desillusionierung in der Zivilgesellschaft geführt, die sich von den Wahlen 2006 massive Verbesserungen erhofft hatte, inzwischen aber kaum noch die Erwartung hege, dass Wahlen tatsächlich zu positiven Veränderungen in ihrem von Gewalt und Korruption geprägten Umfeld führen könnten.

Die Journalistin Andrea Böhm merkte an, dass sich die Durchführung von zweiten freien Wahlen in einem fragilen Staat wie der DR Kongo immer schwieriger gestalten als die hoffnungsbringenden ersten freien Wahlen nach einem politischen Umsturz. Vor allem ginge es dem amtierenden Machthaber zumeist um eine erfolgreiche Wiederwahl, bei der vielfach unlautere Mittel eingesetzt würden. Die Verfassungsänderung zu Gunsten der Wahlchancen Kabilas sei ein gutes Beispiel dafür und hätte auf viel nachdrücklichere Kritik bei den internationalen Gebern stoßen müssen. In der DR Kongo sei das fehlende Demokratieverständnis zudem ein fundamentales Problem, was sich auch in dem Bedeutungsdefizit von Opposition zeige. Die oppositionelle Position werde oftmals nicht als Möglichkeit gesehen, sich konstruktiv in das politische Geschehen einzubringen.

Konsens der Teilnehmenden war, dass den Wahlen eine große Bedeutung für die politische Zukunft des Landes zukommt. Neben der Hoffnung auf eine fortschreitende Institutionalisierung demokratischer Prozesse durch und mit Wahlen bestehen allerdings auch berechtigte Sorgen bezüglich der zu erwartenden Freiheit und Fairness der bevorstehenden Urnengangs. Eine gewaltsame Eskalation bestehender Konflikte und Machtkämpfe im Vorfeld, während und nach den Wahlen steht weiterhin zu befürchten.